

PRESSEMITTEILUNG



Den CSD München veranstalten:

LeTRa
Lesbenberatungsstelle



Angriff auf die Menschenrechte!

Bürgermeister Hep Monatzeder besorgt / Ukraine verabschiedet Anti-Schwulengesetz in erster Lesung / Lesben und Schwule protestieren

München und Kiew sind Partnerstädte. Die Kooperation der beiden Kommunen muss eine Bewährungsprobe durchstehen. Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender (LGBT)-Gruppen der Stadt reagieren schockiert auf ein Gesetz, mit dem das ukrainische Parlament die Verbreitung von Informationen über das Thema Homosexualität unterbinden will.

München, 8. Oktober 2012 – Sechs Abgeordnete haben es eingebracht; das gesamte Parlament hat das Gesetz mit den Stimmen der Anwesenden am 2. Oktober in erster Lesung durchgewunken – mit nur einer Enthaltung. Das Gesetz Nummer 8711 will jegliche Produktion und Publikation von Produkten und deren Import, verbieten, die Homosexualität „propagieren“. Das betrifft Printmedien ebenso wie TV- und Radiosendungen. Auch Literatur, Kinofilme und Videomaterial, die sich mit dem Thema befassen, sollen verboten werden (siehe Anhang). Wer in der Ukraine den preisgekrönten Film „Brokeback Mountains“ sehen oder zeigen will, könnte dann zu hohen Geldstrafen verurteilt werden oder bis zu fünf Jahre in Haft müssen. Die zweite Lesung, die über die Annahme des Gesetzes entscheidet, ist für 16. Oktober geplant. Sämtlichen Lesben- und Schwulenvereinen des Landes, auch der damit verbundenen HIV-Prävention, würde das Gesetz die Arbeit deutlich erschweren, wenn nicht sogar illegal machen, wie LGBT-Aktivist*innen vor Ort befürchten. Homosexuelle würden aus der Öffentlichkeit in den Untergrund gedrängt.

Hep Monatzeder, Bürgermeister der Stadt München, ist beunruhigt: "Falls dieses Gesetz verabschiedet wird, hat es auch unmittelbare Auswirkungen auf unsere Städtepartnerschaft und ich bin sehr besorgt um unsere Kooperationspartner in Kiew. Denn im Erfahrungsaustausch über Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik arbeiten wir auch mit ukrainischen LGBT-Organisationen zusammen, deren wichtiges Engagement durch das Gesetz kriminalisiert würde. Außerdem befürchte ich einen weiteren Anstieg der HIV-Infektionsraten in der Ukraine - und damit die Gefahr des Überschwappens auf ganz Europa -, wenn eine Gruppe Betroffener zum Untertauchen gezwungen wird und für Präventionsmaßnahmen nicht mehr erreichbar ist."

Die Ukraine steht kurz vor den Wahlen. Am 28. Oktober wählt das Volk ein neues Parlament, internationale Wahlbeobachter sind im Land. Nach Protesten vor allem von Journalisten haben die Abgeordneten erst vor wenigen Tagen einen Gesetzesentwurf fallen lassen, nach dem vermeintliche Verleumdungen in den Medien hätten geahndet werden können – die Kritiker befürchteten eine Zensur. Mit dem Gesetz gegen die so genannte Gay-Propaganda wolle sich der Gesetzgeber jetzt wenigstens moralisch profilieren, schreibt die ausländische Presse. Und das obwohl Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und

PRESSEMITTEILUNG

LGBT-Gruppierungen im ganzen Land sowie auch das Ausland heftig dagegen protestieren – schon einmal ist deshalb der Gesetzesentwurf – kurz vor der Fußball-EM im Land – gekippt worden.

Homophobie ist in der Ukraine weit verbreitet; Hass und Gewalt gegen Lesben und Schwule gehören zum Alltag. So heißt es aus dem Antrag zu Gesetz Nummer 8711: „Die Verbreitung von Homosexualität ist eine Bedrohung für die nationale Sicherheit, weil sie zu HIV/AIDS führt, die Institution der Familie zerstört und eine demographische Krise auslösen kann (siehe Anhang).“ Zum Schutz insbesondere von Kindern müsse alles getan werden, um dies zu verhindern.

Vertreter von Münchner Lesben- und Schwulengruppen verurteilen das Gesetzesvorhaben. In einem offiziellen Statement heißt es: „Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, würde es grundlegende Menschenrechte verletzen, darunter das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit.“ Das Gesetz führe zu einer inakzeptablen, staatlich geförderten Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern. „Die Ukraine ist Mitglied des Europarates und hat 1997 die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte unterzeichnet. Das Land hat sich dafür ausgesprochen, diese Verpflichtungen einzuhalten. Deshalb fordern wir die ukrainischen Abgeordneten dazu auf, besagten Gesetzesentwurf während der zweiten Lesung abzulehnen. Die Ukraine muss sich zu einer Gesellschaft entwickeln, in der Vielfalt nicht als Bedrohung gesehen wird, sondern als ein Reichtum, von dem die gesamte Gesellschaft profitiert (siehe Anhang).“

München und Kiew verbindet seit dem Sommer eine Szenekooperation. Im Rahmen der bestehenden Städtepartnerschaft bündeln Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender der beiden Kommunen ihre Aktivitäten und unterstützen sich gegenseitig in ihren Aktivitäten. Es geht um einen kontinuierlichen Informations-, Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Landeshauptstadt München unterstützt die Kooperation auf höchster Ebene.

Das Sub ist das Schwule Kommunikations- und Kulturzentrum Münchens. Gegründet wurde es 1986 als Zentrum für alle Schwulengruppen der Stadt. Zum Verein gehören - neuerdings unter einem Dach - ein Café, zahlreiche Freizeit- und Selbsthilfegruppen, die psychosoziale Beratung und die HIV-Prävention. Das Münchner Schwulenzentrum macht Kultur mit eigenen Lesungen, Ausstellungen, Filmabenden, Podiumsdebatten und Partys. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt seit Kurzem auf der Inklusion schwuler Männer mit Migrationshintergrund. Die Szenepartnerschaft mit Kiew ist ein völlig neues Projekt.

Kontakt:

Conrad Breyer
Pressereferent Sub e.V.
0 170 18 59 705
presse@subonline.org



Den CSD München veranstalten:

LeTRa
Lesbenberatungsstelle

